

Die Rückkehr des Faschismus



12. August 2017: Hunderte Neonazis laufen durch die Kleinstadt Charlottesville im US-Bundesstaat Virginia und rufen antisemitische und rassistische Parolen wie z.B. «Jews will not replace us!». Im Verlauf dieser Demonstration überfährt ein Neonazi eine antifaschistische Gegendemonstrantin, die dadurch zu Tode kommt, 35 weitere AntifaschistInnen werden verletzt.

Sommer 2017 : Die «Identitäre Bewegung», eine aus Frankreich stammende Neonazi-Gruppierung, führt die «Defend Europe»-Aktion durch, bei der sie versucht, Geflüchteten den Zugang nach Europa über das Mittelmeer zu verwehren.

19. März 2019: Ein selbstbekennender rechts-extremer Terrorist erschießt in Christchurch, Neuseeland 51 Menschen in zwei Moscheen.

19. Februar 2020: Ein Neonazi erschießt in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund.

Seit 2015: Die ultranationalistische Regierung Polens arbeitet mit militanten Neonazi-Gruppen zusammen, um Pro-Choice- und LGBTQIA+-Proteste gewaltsam niederzuschlagen.

22. Oktober 2022: in Italien wird eine Ministerpräsidentin gewählt, die stolz verkündet, sie habe ein «entspanntes Verhältnis zum Faschismus».

Dies sind offensichtlich besorgniserregende Entwicklungen.

Nicht nur weil die Häufigkeit rechtsextremer Gewaltakte zunimmt, sondern auch, weil die Aktionen und Positionen dieser Nazis von, teils regierungs-tragenden, rechten Parteien und PolitikerInnen aktiv unterstützt werden. Donald Trump beispielsweise äusserte sich folgendermassen zu den Protesten in Charlottesville: «Es gab gute Menschen auf beiden Seiten.» Die Antimigrationsrhetorik von Parteien wie der AfD oder dem «Rassemblement National» in Frankreich stehen definitiv im Zusammenhang mit Aktionen wie «Defend Europe» oder dem Anschlag in Hanau. Und in Italien sind wir nun anscheinend wieder zurück im Jahr 1922 mit der wiederholten Machtübernahme des Faschismus.

Auch in der Schweiz sind diese Entwicklungen sichtbar. Erst vor Kurzem hat die Neonazi-Gruppe «Junge Tat» in Zürich die «Drag Story Time», einen queeren Event für Kinder, gestört. Unter der Parole «Familie statt Genderideologie» verbreiteten sie ihre queerfeindliche und rechtsextreme Hetze. Und der SVP Zürich kommt dabei natürlich nichts Besseres in den Sinn, als im Gemeinderat ein Verbot dieser Events zu fordern und so quasi als parlamentarischer Flügel der Jungnazis zu agieren.

Inmitten dieses beängstigenden Kurses in Richtung Faschismus ist es für uns als Linke unumgänglich, uns jeglicher faschistischer Ideologie, Gruppierung und auch ihren VertreterInnen im Parlament entschieden gegenzustellen.

Konsequenter Antifaschismus ist und bleibt Pflicht! Alerta!

Lois Schulz, Vorstandsmitglied Juso Stadt Zürich

Ungerechte Gerechtigkeit



Unsere Krankenkassenprämien sind teuer und steigen zunehmend. Dieses Problem ist inzwischen bei allen Parteien von Links bis Rechts auf dem Radar. Bei den kommenden Abstimmungen präsentiert die SVP, wie sie sich eine gerechte Lösung vorstellt. Spoilerwarnung: Mit Gerechtigkeit hat sie nicht viel am Hut.

Die Initiative sieht vor, dass der Steuerabzug für Krankenkassenprämien um 1000 Franken bei erwachsenen Personen bzw. um 200 Franken bei Kindern erhöht werden soll. Hört sich zunächst gut an, von tieferem steuerbarem Einkommen profitieren ja alle. Jedoch kommt da noch die Progression ins Spiel: Bei einer vierköpfigen Familie aus der Stadt Zürich mit steuerbarem Einkommen von 80000 Franken liegt die Steuereinsparung bei rund 290 Franken. Beträgt das steuerbare Einkommen 160000 Franken, sind es rund 390 Franken. Bei welcher dieser beiden Familien die 100 Franken stärker ins Gewicht fallen würden, ist offensichtlich, und es sollte dieselbe sein, die sie zusätzlich behalten darf.

Mit Steuern als auch Krankenkassenprämien trifft die SVP einen wunden Punkt. Beides drückt schwer aufs Portemonnaie der Bevölkerung und wird des Öfteren diskutiert, auch in sonst eher apolitischen Umfeldern. Dass nun die Volkspartei einen gerechten

Vorschlag bringt, um die finanzielle Belastung zu reduzieren, mag verlockend klingen, doch die Initiative ist schlichtweg das Gegenteil von gerecht. Während Gutverdienende weniger Steuern bezahlen, muss der Kanton Steuermindereinnahmen von rund 150 Mio. Franken wegstecken. Er muss sparen. Wo, ist offen.

Damit die Steuerausfälle nicht ganz so hoch sind und da bei der Initiative auch die Abzüge für Kinder erhöht werden, obwohl die aktuellen Steuerabzüge bereits deren Krankenkassenkosten decken, wurde vom Regierungsrat ein Gegenvorschlag ausgearbeitet. Bei diesem werden die Abzüge pro erwachsene Person um 300 Franken erhöht und die daraus resultierenden Steuerausfälle werden auf 45 Mio. Franken jährlich geschätzt. Der Gegenvorschlag wird durch den Kantons- und Regierungsrat als moderater Kompromiss angesehen, jedoch bringt er den SteuerzahlerInnen nicht gross etwas, und doch muss der Kanton mit deutlich weniger Geld haushalten.

Die SVP probiert wiederholt auf populistische Art und Weise, mehr Steuerprivilegien für Top-Verdienende zu generieren. Es ist eine Frechheit, dass sie eine solche Initiative als gerecht verkauft. Es handelt sich schlichtweg um einen weiteren Versuch, Geld von unten nach oben umzuverteilen. Für einen sozial starken Kanton Zürich braucht es Geld und keine weiteren Steuerprivilegien für Wohlhabende. Deshalb stimme ich überzeugt 2x Nein am 27.11.2022.

Nadja Wirth, Vorstand Junge Grüne Schweiz und Zürich, Kantonsratskandidatin Bezirk Pfäffikon